

In der Hauptredaktion oder den im Stadt-
ceintr und den Bezugsstellen nach
bestimmten Adressen: vierteljährlich 4.50,
halbjährlich 8.50, jährlich 16.50. Durch die
Post: halbjährlich 9.50, jährlich 18.50. Ein-
zelhefte 5 Pf. Directe tägliche Bezugnahme
im Ausland: monatlich 4.75.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um 7 Uhr.
Die Abend-Ausgabe Montag um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:

Johannessgasse 8.
Die Expedition ist Montags amnestisch
geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:

Cette Klein's Grotte. (Kleiner Sohn).
Universitätsstr. 8 (Bauhaus).
Karl's Grotte.
Hofmannstr. 14. Post- und Königsplatz 7.

№ 337.

Donntag den 5. Juli 1896.

Die Geschäftszeitung 20 Pf.
Reclamen unter dem Redaktionsdruck (40-
spalten) 50 Pf., vor den Familienanzeigen
(6-spalten) 40 Pf.
Größere Reclamen laut anderer Ver-
einbarung. Textreclamen und Inserate
nach besonderem Tarif.

Extra-Beilagen (gratis), nur mit der
Morgen-Ausgabe, ohne Beilagenzahlung
40 Pf., mit Beilagenzahlung 70 Pf.

Annahmestellen für Anzeigen:

Abend-Ausgabe: Montags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Montags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine
halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition
zu richten.

Druck und Verlag von G. Holz in Leipzig

90. Jahrgang.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Amtsblatt des königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig,
des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Aus der Woche.

Es ist eine über zwei Jahrhunderte hinaus und wir
werden, vorausgesetzt, daß die politische Politik, für die
„Leipziger Tageblatt“ gilt, keine besonderen Emotionen her-
vorruft, voraussichtlich bis zum November „letzte Saison“
haben. Dem Leipziger Tageblatt, der als Epitaph bekanntlich
hinter seinen Stoff zurücktritt, darf künftighin nicht die
Recht sein, aber dem Leipziger Tageblatt, wenn er sich als solcher
gewissenhaft gefühlt hat, ist die politische Sommerpause auf-
recht zu stehen. Auch ganz abgesehen von dem Leipziger
Gesetz, das in seinem größten Theil für den künftigen
wie den letzten Theil in Zeitungsweisen Caviar ist, war es
ein paragonischer Jahres, und wie die Leipziger
Gesetzgebung nicht gleich garbenweise auf dem Felde hat liegen
lassen, der wird auf eine Weise „genug“ haben. Es sei
denn, der letzten gegebenen Anweisung der Arbeiter der
Seison, zu dem jedoch die Verbesserung der Organisation
der Schutztruppen nachgetragen werden muß, nichts mehr
über den Inhalt der vom Reichstage beschlossenen Gesetze
hinzufragen.

Daß der 1896er Jahrgang des Leipziger Tagesblattes
wunderbar auch in diesem Tagungsabschnitt seinen
— Charakter nicht verliert, hat, ist gleichfalls
schon gesagt worden. Herr Klotz hat, hat dem Reichstage,
wenn er sich um gar abfällige, eine unbedeutende Ehre
angehen. Er hätte für ihn die passende Einleitung abgegeben,
vor allem hinsichtlich der „Freiung“. Von den letzten
Wochen abgesehen, hat der Reichstag fast immer weniger
als den dritten Theil der zur Beschlußfassung nötigen Zahl
von Abgeordneten gegeben. Die schmalen deutschen Flüsse,
Espe und Davel mit inbegriffen, waren für die Reichstage
einen unüberwindlichen Fluß, wie das Weltmeer, das der
namentliche Reichstag aller Amerikaner zwischen sich und das
Reichstagehaus gelegt hat. In Anbetracht der Würde
des Reichstages, der Beobachtung des guten Tones, hätte der
einst auf Aufhebung eines großen Apparates als Ver-
leumdung bekannt und seine Rezipienten verdienen, selbst
nur Epigramme genannt zu werden. Mit dem Reichstage, was
hinsichtlich der Beschimpfungen in dem hohen Hause geübt
worden ist, haben wir unsere Leser nicht weiter be-
helligt, aber diese kennen genug Proben der unpar-
teitischen Sprechweise, um mit uns in der Meinung
übereinzustimmen, daß der Reichstag, der in den letzten Jahren
den Reichstag mit dem Reichstag im Reichstag, selbst
verglichen, wenn er heute diesen Reichstag wiederholen wollte, selbst
unvergleichlich befriedet werden würde. Nicht das alte Rom,
Paris, Pest, Washington sind die Vorbilder, denen der Reichstag
nachsehen sollte; die Vorbilder werden zwar noch nicht
in die Zeitung mitgenommen, aber man hat es bereits erlebt,
daß ein Abgeordneter dem anderen im Saale den dezenten
Dünkel zu erkennen gab, daß mit ihm mittels eines solchen
Instrumentes zu verfahren. Und das ist für ein Parlament,
das noch vor wenigen Jahren einen Wahl, einen Reichstag,
einen Reichstag besaß und noch heute einen Reichstag sein
eigen nennt, verhältnißmäßig wenig.

Das Centrum ist nicht desto weniger stolz auf diesen
Reichstag, der seinen Stempel trägt, und hält ihn und sich
selbst ob des Abflusses des Leipziger Reichstages in
Wollen von Weibchen. Das geschieht auch schon während
der Beratung des Reichstages. Der Reichstag ist nicht
höflich, er ist nicht, wie in seiner Heimat im Schwange
stehende Bauernregel: „Wenn ein Reichstag während der Arbeit
sagt: „Schaut, Bauer, wie wir schaffen“, dann laugt er
nicht.“ Inzwischen der Reichstag und ehemalige Reichstags-
Mitglieder brauchen die beschriebenen Bauern nicht, um
sich ein Bild über das Centrum aufzuheben zu lassen. Er
hat gethan, was er thun mußte und was die Nationalisten
auch thun, weil sie wissen: er hat das Leipziger Reichstags-
buch mit dem Centrum zu Stande gebracht, weil ohne dieses
Reichstagsbuch nicht vorhanden gewesen wäre. Ueber die Motive,
die die altmontane Partei bei diesen ersten Verzicht auf
die Stärkung der Reichstagsentwicklung geleistet haben, wird
der Reichstag so wenig einer Längung hingehen, als dies die
„Mittepartei“ thun. An anderer Stelle mag das anders
sein, und eben weil das Centrum den Reichstag hofft, ist das
Leipziger Reichstagsbuch nicht geschrieben. Diese Erkenntnis
dürfte aber die nationalen Parteien schon deshalb nicht von
der Mitwirkung abziehen, weil der Reichstagsbuch nicht ohne
nennenswerte Gegenleistungen jede mögliche Förderung erfahren
hat und sein Grund zu der Annahme vorhanden war, daß
hierin so bald ein Wandel eintreten könnte. Die Frage
lautet: „Centrum Trumpf mit oder ohne Leipziger
Reichstagsbuch?“ Man könnte einwenden, daß die gut orientierte
Reichstags Partei bei dieser Lage der Dinge ihre Mitwirkung
getrost hätte verweigern können. Dem ist entgegenzuhalten,
daß sie, die für das nächste Jahr in der Reichstagsfrage eine
große Negationsaction in Aussicht genommen hat, die Ge-
legenheit ergreifen wollte, sich — ohne jedes Opfer — ein Object
zu schaffen, auf das sie hinwirken kann, wie man ihr parla-
mentarische Mitwirkungsmöglichkeit anzeigt. Daß das Reichstags-
buch aber das von ihr gelegte Ei; die Eitelkeit, nicht dabei nur eine
untergeordnete Rolle. Die Situation des Reichstages wird noch
günstiger durch das Verhalten der Conservativen, die beim
Leipziger Reichstagsbuch thätig nicht mitgewirkt haben und
sich anschließen, und dem von ihnen herbeigeführten Scheitern
des Reichstagesgesetz sich eine neue Typendruckerei zu-
rechtlegen. Man erkennt zwar die dieser Tactik zu Grunde
liegende Weisheit nicht, da aber Herr v. Rautenfeld dirigiert,
so wird sie wohl eine profunde sein.

Deutsches Reich.

A. Berlin, 4. Juli. Die letzten Berichte des Majors
Reuter aus Deutsch-Südwestafrika lassen erkennen,
daß der beste Theil der dortigen Sachlage, der an Ort
und Stelle befindliche Führer der deutschen Schutztruppe,
kann ohne Sorge der weiteren Entwicklung der Dinge
entgegensteht. Aus den Mittheilungen des Majors Reuter
geht der Muth hervor, daß wir unter den Herero-Häuptlingen
nur sehr wenige Freunde zählen. Der einzige, auf den wir

wirklich verlassen können, ist Samuel Maharero von Ot-
tobamba. Reiter scheint man aber — auch in den amtlichen
Berichten — den Einfluß gerade dieses Herero-Häuptlings, so-
wohl was die Herero im Allgemeinen, als was den in Otobamba
ansässigen Stamm derselben anlangt, bislang sehr überschätzt
zu haben. Nach den Mittheilungen des Majors Reuter
halten nur die wenigen Christen in dem Stamme des Samuel
Maharero zu diesem, und die Geringfügigkeit seines Ein-
flusses läßt sich daraus erkennen, daß er trotz dringender
Aufforderung nur eine Unterabtheilung von 35 Mann
zuführen konnte. Steht es so um Samuel Maharero,
so wird man annehmen müssen, daß die Bekämpfung
der Deutschfeindschaft der übrigen Herero-Häuptlinge,
namentlich derjenigen der westlich noch heidnischen Stämme
am Otjimbingwe und Omaruru noch weit mehr zu wünschen
übrig lassen wird. Der nabeligste Schlag auf diesen
Verdächtigsten geht dahin, daß unsere Position in Deutsch-
Südwestafrika nur dann als gesichert zu betrachten ist, wenn
wir uns auf eine für alle Fälle ausreichende, selbständige
Streitmacht stützen können.

B. Berlin, 4. Juli. Voraussichtlich heute verläßt der
König Viktoria-Li-Chang den deutschen Boden, um seine
europäische Studien- und Geschäftsreise fortzusetzen. Damit
findet eine Episode ihren Abschluß, auf die, wie die „Post-
Ztg.“ mit Recht betont, jeder selbstbewußte Deutsche nur mit
sehr gemäßigten Gefühlen zurückblicken kann. Gewiß — so
fährt das genannte Blatt an — war es ein Gebot vor-
sichtiger und geschäftlicher Klugheit, dem einflussreichen Be-
ratungsmann des Kaisers von China einen solchen, ja
ausgesprochenen Empfang zu bereiten. Aber man hat darin
nicht das beträchtliche Juxel des Guten gethan, vielmehr mehr,
als der Würde eines so mächtigen Kulturvolkes, als es
Deutschland ist, angemessen, jedenfalls mehr, als dem überaus
gewichtigen Vertreter des hochentwickeltesten Völkers der gelben Rasse
gegenüber klug war. Man hat Viktoria-Li-Chang in der Reichs-
hauptstadt Ehren geboten, als wäre er der allmächtige Herrscher,
nicht bloß ein Beamter des „Reiches der Mitte“, der von
heute auf morgen zum zweiten Male seine gelbe Jacke und
alle Wacht verwerfen kann, und draußen in der Provinz hat
man sich bemüht, das Berliner Beispiel womöglich noch zu
überbieten. Fürst Bismarck hätte in den Tagen seines höchsten
Glanzes in Berlin, Offen, Köln und anderen Centren des
deutschen Lebens nicht glänzender aufgezogen werden
können, als Viktoria-Li-Chang, für den in Deutschland, nicht
etwa in China, die Schmeicheleien „der Bismarck-
Gedächtnis“ erfunden worden ist. Gar seltsam, für die deutsche
Nation nicht eben schmeicheleien Gedanken müssen dem schlauesten
Menschenverstandes aus dem Reiche des Japans gekommen sein,
wenn er die Träger der höchsten Namen der deutschen
Industrie sich um ihn bemühen sah, wie um einen Wunden-
thäter, der nur zu wirken braucht, auf daß ein gewaltiger
Goldstrom sich in ihre Taschen ergieße. Man begreift,
Viktor-Li-Chang beschäftigte sich viel mit europäischen Dingen
und lasse sich über den Inhalt der wichtigsten europä-
ischen Blätter auf dem Laufenden erhalten. Dann mußte er
auch wissen, welche Stimmung noch der meiste Reichstag
überall in Deutschland in Bezug auf China geherrscht hat.
Da mag es ihm denn nun gar verstandesmäßig erschienen sein,
wie ein bloßes Ereignis und die Vermuthung, er komme
mit einem großen Portemonnaie, ausgerüstet hatten, an
manchen Orten und bei manchen Leuten eine förmliche Be-
geisterung für China zu erzeugen, die sich in den über-
zeugendsten Formen kundgab. Was dem Reichstag und der
überzeugendsten Meinung der Deutschen kann er keine förmliche
günstige Vorstellung gewonnen haben. Was hat nicht viel
von praktischen Erfolgen der Reichstagsüberlegung vernommen,
die man dem chinesischen Staatsmann angeheben ließ, der
erwartete Geldstrom ist vollständig ausgeblieben, nur spärliche
Gewinner, dagegen eine sehr große Zahl Enttäuschter bliden
am nach, da er die deutsche Grenze überschreitet. Der Vik-
tor-Li-Chang-Entschluß dürfte einen Augenblick hinter-
lassen, der kaum irgendwo wirklichem Mißgefall bezeugen
würde; die ihn haben, haben ihn reich verdient.

C. Berlin, 4. Juli. Reiter vergibt sich am Tag, an dem
nicht über einen Beweis polnischer Annahme und über
schwachliches Verhalten einer Provinzialbehörde
solcher Annahme gegenüber berichtet wurde. Auch heute
wieder liegt der „Berl. N. N.“ eine solche Meldung vor,
die auf den vielbesprochenen Fall des Prospekt Gatzynski
sich bezieht. Bekanntlich hatte die Regierung zu Polen die Mit-
theilung, daß der Lecher Wenzel in Folge des Verfalls
verpflichtet worden sei, beansprucht und behauptet, dem Lecher sei
auf seinen eigenen Wunsch eine bessere Stelle übertragen
worden, nach der die Regierung von seiner Begegnung
mit dem Prospekt Kenntnis gehabt habe. Zu dieser Bekannt-
machung der polnischen Regierung bemerkt das genannte Blatt,
daß der Lecher erst dann um seine Verlegung eingekommen
sei, nachdem er eine bezügliche Anregung von dem ihm mög-
lichst Kreiskommisarius erhalten. Jetzt erfahren nun
die „B. N. N.“, daß dem Lecher Wenzel thätiglich
bei seiner Verlegung nach Jaroslaw die zweite
Vertheilung mit einem um 30 Mark höheren Gehalt
zugebilligt war — aber die königliche Regierung zu
Polen hat in ihrer Vertheilung begriffen, hinzu-
fügen, daß sie dem Lecher am 1. Mai die bessere Stelle
beigibt wieder genommen und ihm die um 75 bis
80 Mark schlechtere dritte Vertheilung übertragen
hat, so daß die Verlegung des Lecher mindestens einer
Disciplinierung recht ähnlich sieht. Dieses Zurückweichen vor
dem aggressiven Verhalten des polnischen Prospekt wirkt auf
die Auffassung, die die Regierung von ihrer staatlichen Pflicht
gegenüber dem feindlich gesinnten Völkern hat, in recht be-
deutliches Licht und rüst das lebhafteste Bedauern darüber hervor,
daß das bedrückte Deutschland von der Regierung in Polen
so wenig Schutz genießt. Nachdem der Patron der Wita-
schiller Pläne, Herr v. Tzolung, dem Herrn Reichskanzler
bei der letzten parlamentarischen Sitzung über die dortigen Zu-
stände ausführlichen Bericht erstattet hat, ist die Erwartung
eines energiegelbten regierungsfreudigen Vorgehens noch mehr
als bisher gerechtfertigt, und es muß die unliebsamen
Deutungen hervorrufen, wenn immer noch nichts in dieser

Richtung geschieht. Sogar des Herrn Kultusministers
würde es ansehnlich Erachtens schon längst gewesen, auf
eigener Initiative die zur Wahrung der deutschen Interessen
erforderlichen Schritte zu thun. Je länger ein behördliches
Vorgehen in dieser Angelegenheit auf sich warten läßt,
desto mehr muß die Polenpartei in ihrem trotzigem
Widerstand gegen die Deutschen sich ermutigt fühlen,
desto stärker ist die Einbuße an staatlichen Ansehen und
desto fleißiger werden die Deutschen gestimmt werden.
Der nationale Schaden ist mithin ein ganz unbedeu-
tender. Welche üblen Folgen in dieser Beziehung
eingetreten sind, beweist unter Anderem der Umstand,
daß die polnisch-berliner Zeitungen Zustimmungserklä-
rungen zu dem Verhalten des Wita-schiller Prospekt ver-
öffentlichen, in denen die Feindschaft aufgeführt wird, die
Aufficht über den Religionsunterricht in den Schulen nieder-
legen, bis ihnen das Schulaufsichtsrecht von Gesez wegen
verkannt wird. Man darf wohl hoffen, daß bei
früherer Ausarbeitung und Beratung des zukünftigen
Schulgesetzes die Regierung und die staatsverhaltenden
Parteien den standhaften Wita-schiller Vorfall nicht verzeihen
und aus ihm eine kräftige Lehre ziehen werden. Die
„B. N. N.“ erfahren übrigens, daß der Prospekt, der sich so
sehr auf den polnischen Prospekt hinaussetzte, der Sohn
eines deutschen Handwerkers aus Pleschen ist, der bis
zu seiner Verheirathung mit einer Polin Schade hieß und
dann erst den Namen Gatzynski angenommen hat.

D. Berlin, 4. Juli. (Telegramm.) Der österreichisch-
ungarische Botschafter Herr von Szapary wird sich morgen
über Wien zu einem längeren Aufenthalt auf seine Güter
in Ungarn begeben.

E. Berlin, 4. Juli. (Telegramm.) Die „Nordd. Allg.-
Ztg.“ erklärt die Nachricht, daß der Reichskanzler mit der
Prinzessin Hohenlohe nach der Bretagne zur Ordnung einer
Ehefahrt reisen werde, für falsch. Der Reichskanzler be-
zieht sich auf die „Allg.-Ztg.“.

F. Berlin, 4. Juli. (Telegramm.) Der russische Bot-
schaftssekretär Baron v. Anrep wurde gestern bei
einer Spazierfahrt in Folge Schwanenbisses des Pferdes gegen
eine vorüberfahrende Droschke geschleudert und erlitt bedeutende
Verletzungen an der linken Kopfseite, sowie mehrere linke-
seitige Wunden und eine Verletzung des Brustkorbs bei
seinem Sturz. Der Zustand ist nicht gefährlich, jedoch ist
Kauf auf völlige Wiederherstellung ohne bleibende Nach-
theile vorhanden. (Wiederholt.)

G. Berlin, 4. Juli. (Privattelegramm.) Dem schon
erwähnten Bericht der Reichsschulden-Kommission über
das Staatsschuld 1894/95 entnehmen die „N. N.“ folgende
Einzelheiten. Die in Schuldobligationen verbrieft Schuld
des Reiches umfaßte Ende März 1895 2 081 219 800 M.
Die Summe der 4procentigen Schuldverschreibungen be-
trug sich auf 450 Millionen Mark, der 3pro-
centigen auf 780 Millionen Mark, der 2pro-
centigen auf 851,22 Millionen Mark. Es sind überhaupt und zwar
eingeschlossen die Credit von Ende März 1894/95, höher an
Erträgen betragend 2 110 Millionen Mark, davon wurden,
wie schon erwähnt, 2 081 219 800 M. flüssig gemacht. So daß
ergab aus einem Ueberschuß von nur 1 981 988 250 M., so daß
also noch Schuldverschreibungen im Betrage von 148 013 715 M.
zur Ausgabe kommen können. Der Schuldbetrag an Scha-
p-anweisungen betrug am Ende des Jahres 1894/95
30 Millionen Mark, an Reichsschatzscheinen 120 Millionen
Mark. Als Rückstand der Schuld des Reiches Ende März
1895 2 231 237 000 M., deren Verjährung 7 919 302 M. er-
fodert. Im Reichsschatzbuch waren Ende März 1895
2084 Conten über 180 900 000 M. eingetragen. Der Reichs-
schatz, im Juliabschluss aufbewahrt, betrug 120 Mil-
lionen Mark. Der Reichsschatzbestand hatte am
31. März 1895 einen Bestand an Werthpapieren im Betrage
von 441 535 200 M. in deutschen Anleihen und Staatspri-
vilegien, ferner einen Geldebestand von 6 173 693 M.

H. Berlin, 4. Juli. (Privattelegramm.) Eine An-
zahl besetzter Brauereien der Schweiz bringt auf ab-
schätzige Entlassung sämtlicher organisierten Brauer.
In Basel werden heute laut einem Beschluß der Principale
sämmliche organisierten Brauer entlassen. Der Brauerbesitzer
Haas in Zürich hat den engeren Vorstand des Bundescomité
des schweizerischen Gewerkschaftsbundes wegen des Her-
absetzens des Bausatzes auf 10 000 Franken Schadenersatz
verlangt. (Wiederholt.)

I. Das Organisations-Comité des am 27. d. Mts. be-
ginnenden internationalen Arbeitercongresses hat
den von den Berliner Anarchisten gewählten Delegierten,
Schriftsteller Landauer und Schloffer Paulowitsch,
mitgetheilt, daß sie beschlossen haben, Anarchisten als Delegirte
auf den Congress nicht zuzulassen. Die Genannten werden
aber doch nach London gehen, um eventuell ihre Zulassung
durchzusetzen. Die Arbeiten für einen Contercongress der
Anarchisten sind schon im Gange; bereits vor einigen Wochen
war ein deutscher Emigrant in London, wobei auch die Con-
gressfrage geregelt sein soll.

J. Mit Major v. Wissmann sind, wie den „N. N.“
verrichtet wird, während seiner dreitägigen Anwesenheit
hier an amtlicher Stelle keinerlei Beratungen über laufende
Fragen geführt worden, da er sich auf ärztlichen Rath
möglichst nach Berlin begeben soll. Wissmann kehrt
nach dieser Quelle am 25. Juli von Rautenberg hierher
zurück, um im Reichstagen seine Verschiedenen zu be-
sprechen.

K. Die Arbeiterpartei haben mit Bezug auf die ab-
schließende Zahlung der Jüngsten zum Reichstagsbeitrag in einer
öffentlichen Versammlung folgende Resolution angenommen:
Die Arbeiterpartei Berlin rufen es als ihre heilige Pflicht,
für die Durchführung der Verwirklichung des Bundesatzes Sorge zu
tragen. Die Verwirklichung derselben ist einmüthig das Ziel der
Jüngsten gegen die gefährliche Negation der Arbeiterpartei. Sie
bezieht die Vertrauensleute und die Vorstände der Organisation
der Arbeiterpartei, ein nachfolgende Lage auf die Verwirklichung

der Arbeiter zu richten, sowie vorbereitende Schritte zu einer
allgemeinen Reichstagsversammlung einzuleiten, um zu entschei-
den, ob durch die Wahlmänner der Arbeiter der Reichstags-
beitrag zu zahlen, um aus eigener Kraft die Verwirklichung der Arbeiter-
partei zu erreichen.

L. Berlin, 4. Juli. Amtlich ermittelte Wahlresultate des
Reichstagswahl im Wahlkreis Halle a. S. 2. Wahl-
kreis. Von 30 935 abgegebenen Stimmen erhielt Herr Kuntze,
Rechtsanwalt in Halle, 15 687, Dr. jur.
Alexander Meier-Werlin (fr. Bz.) 7239, Verlagsbuchhändler
Rühme-Halle (deutsch-öst.) 4265, Ober-Verwaltungs-
Rath Herrndt-Halle (freies.) 3734. Kuntze ist somit
gewählt.

M. Berlin, 4. Juli. Der Reichstag Viktoria-Li-Chang,
welcher gestern Nachmittag nach verschiedenen Ehrenbezeugun-
gen und die Festungswerke besichtigte, trat heute früh 9 Uhr
zur Weiterreise an. (Wiederholt.)

N. Berlin, 4. Juli. Zu einem bemerkenswerthen
Zugehörigen an die freiconservativen Vereine des
Bayerischen Reichstages hat sich der Reichstagspräsident der bayerischen
Conservativen, Herr v. Plattenberg, wiederum, ver-
einen müssen. Der Reichstag, der alle Schattungen der
Conservativen umfaßt, hat seit dem Tage vom „Reich“
mancherlei Aufregungen, seitens der extremen Conservativen
erfahren. Von letzteren ist auch, wie man weiß, ein Conter-
verein gegründet worden, der aber im Reichstagsrat nur aus
Christlich-Conservativen bestand und von diesen nach dem Aus-
scheiden Stiercks aus der Partei einfach seinem Schicksal
überlassen wurde. Solche Bestrebungen gegenüber, sowohl
dem Anbringen der Reichstagsrat als auch dem christlich-
socialen Reichstagsrat gegenüber, hat sich der Reichstag mit
ruhmiger Entschlossenheit abweisend verhalten und sein Vor-
gehen ist darum, obgleich selbst Mitglied der deutsch-
conservativen Partei und entschiedener Anhänger, vielen An-
griffen von extremer Seite ausgesetzt gewesen. Andererseits
hat aber auch wieder ein etwas einseitig landwirthschaftlicher
Standpunkt Anstoß erregt und es ist natürlich, daß dies in-
besondere in dem industriellen Reichstagsrat der Fall war.
Die Reichstagsrat darüber war schon getrieben, daß
die freiconservativen Vereine von Oberbayern und Bayern
bereits in eine Erregung der Frage eingetreten waren,
ob sie sich nicht ganzlich von dem Reichstags-
rath trennen sollten. Statt dessen ist jetzt der Reichstags-
rath worden, die Leitung des Reichstages alle zwei Jahre
zwischen einem Vertreter der landwirthschaftlichen und
der industriellen Interessengruppen abwechseln zu lassen,
womit alle Theile, um einer Vertheilung vorzubeugen, sich
einverstanden erklärt haben. Da aber diese eine künst-
liche Lösung auf die Dauer würde Stand halten können,
mag fraglich erscheinen; die eigenartige Lage der Conservativen
am Reich ist immerhin nicht unnützlich erschienen, daß
der Reichstagsrat auf diese Weise gemacht bleiben wird.

O. Berlin, 4. Juli. (Privattelegramm.) Die heutige
Versammlung des Reichstages zur Vertheilung der
Arbeitslosen bedingte auf Antrag des Reichstagsrat
100 000 M. für den Ausbau und die Erweiterung der hiesigen
kaiserlichen höheren Reichsschule.

P. Berlin, 4. Juli. Durch ein an die Justizbehörde
gerichtetes Aufschreiben hat, der „Frankf. Ztg.“ zufolge, das
Ministerium angedeutet, daß, wie von dem Reichstag einer
erklärten Strafe, und von dem Reichstagsrat, sowie
von der Reichstagsrat, die Strafbefreiung der
Militärschulden der Wehrdienst zu machen ist. Diese Mit-
theilung hat auch dann zu geschrien, wenn der Reichstagsrat
das militärische Alter noch nicht erreicht hat, aber die
bei der Reichstagsrat, die Strafbefreiung fest-
gesetzte Zeit des Wehrdienstes erst nach Eintritt des
militärischen Alters abläuft. Nach einer Person des
Wehrdienstes bedingte Vertheilung der Strafbefreiung
geändert, so ist entsprechende Vertheilung hieron
dem Reichstagsratcomité zu machen.

Q. Berlin, 4. Juli. (Telegramm.) Der Kaiser
und die Kaiserin von Rußland werden gegen Ende
September nach Besuche des Großherzogs hier erwartet.

R. Berlin, 4. Juli. In der Reichstagsrat
sprach sich die Handelskammer für eine den Angehörigen im
Handelbetriebe zu gewährenden, in die Reichstagsrat
ununterbrochene Ruhe von mindestens zehn Stunden aus.
(M. N. N.)

S. Berlin, 4. Juli. Prof. Dr. Gubbe hat, wie wir der
„N. N.“ entnehmen, die ihm wegen Reichstagsrat
erlassene dreimonatige Gefängnisstrafe nunmehr im Gefängnis
Stadelheim angetreten.

T. Berlin, 4. Juli. Der Reichstagsrat und die Groß-
herzogen von Baden sind zu mehrtägigen Aufenthalten hier
eingetroffen.

Österreich-Ungarn.

U. Wien, 3. Juli. Im Gemeinderath beantragten
die Antisemiten die Errichtung einer Wiener Stadtbank
und Abschaffung sämtlicher Consumvereine.

Frankreich.

V. Die Einkommensteuer: Verurteilung eines socialistischen
Bürgermeisters.

W. Paris, 4. Juli. (Telegramm.) Montag wird
voraussichtlich die allgemeine Beratung über Gschörs
Steuervorlagen geschlossen. Cabinet und Parteigruppen
pflegen häufige Beratungen darüber, wie man sich zu den
möglichen Kammerbeschlüssen stellen solle. Die Radica-
len lassen durch den Finanzminister des Cabinetes Dou-
mer, einen Gegenantrag einbringen, der die all-
gemeine Einkommensteuer empfiehlt. Gleichwohl wird
trotzdem, so wollen die Gemäßigten Doumer's Antrag mit
einer Tagesordnung ablehnen, die dem Cabinet Doumer
trauen anträgt, und dann auch die Einkommensteuer verwerfen.
Brought Doumer seinen Antrag nicht ein, so wollen die
Gemäßigten die Vertheilung der Einkommensteuer von Gschörs
Finanzplan verlangen, den Finanzplan annehmen, die Einkom-
mensteuer ablehnen oder verwerfen. Die zu lösende Aufgabe
besteht darin, die Einkommensteuer zu verwerfen, ohne das